

Wahlprogramm 2016

FREIE WÄHLER Main-Kinzig-Kreis

Themeninhalte

 Mittels Mausclick wählen Sie Ihr Wahlprogrammthema. -  Zurück zum Seitenbeginn.

Präambel	1
Direkte Demokratie / Anwalt für Bürger und Kommunen	1
Familie / Kinder / Senioren	2
Hilfe für Bürger / Ehrenamt / Zusammenleben	2
Gesundheit / Vorsorge / Lebensmittelkontrolle	2
Sicherheit / Katastrophen- und Brandschutz	2
Vereine / Kultur	3
Bildung	3
Wirtschaft / Verwaltung	3
Öffentlicher Personennahverkehr	3
Finanzen	3
Behördenstruktur	3
Energiewende / Ökologie	4
Ländlicher Raum / Tourismus	4
Europa und der Main-Kinzig-Kreis	4

Präambel

Das Ziel dieses Programms ist es, die FREIE WÄHLER im Main-Kinzig-Kreis näher zusammenzuführen und sie in ihrer aktiven- kommunalpolitischen Arbeit zu unterstützen.

Wir FREIE WÄHLER stehen in der Verantwortung gegenüber allen Bürgern, für deren Wohl wir uns einsetzen. Wir verstehen uns als eine moderne, dynamische Bürgerbewegung und die kommunalpolitische- parteiunabhängige Kraft im Main-Kinzig-Kreis.

Wir vertreten eine Politik der Kommunikation, Partizipation, Kooperation, Transparenz und Verantwortung mit dem Ziel der Bildung eines Wir-Gefühls im Main-Kinzig-Kreis.

Inhalte und Ziele

Direkte Demokratie / Anwalt für Bürger und Kommunen

- Wir setzen uns dafür ein, dass moderne Medien künftig verstärkt von Politik und Verwaltung genutzt werden. Diese medialen Anforderungen der Zukunft sind eine Chance für mehr direkte Demokratie.
- Den Kommunen wird jeder Spielraum für eigene Investitionen und Gestaltung genommen, weil immer mehr Aufgaben von Bund und Land ohne entsprechende Finanzierung auf die Kommunen übertragen werden. Die Handlungsfreiheit der Kommunen als Voraussetzung für ihr erfolgreiches Funktionieren muss wieder hergestellt werden.

Familie / Kinder / Senioren

- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen wir vor Ort verbessern. Die Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche müssen sich an den Bedürfnissen der Familien orientieren. Neue kreative Konzepte im Hinblick auf die Optimierung der Betreuungszeiten sind zu entwickeln, um den flexiblen Arbeitszeiten Rechnung zu tragen.
- Die Schulsozialarbeit für Kinder und Jugendliche muss ausgebaut werden.
- Das Land Hessen muss das von ihm beschlossene Kindergartenfördergesetz (KiföG) mit den notwendigen finanziellen Mitteln unterstützen.
- Wir sind für wohnortnahe Pflegeplätze und fordern einen bedarfsgerechten Ausbau des Pflegeplatzangebotes, wobei wir ein Dependance-Modell - wie bereits im „Ronneburger Hügelland“ praktiziert - favorisieren.
- Wir befürworten, dass die Schuldnerberatung weiterhin von caritativen Einrichtungen wahrgenommen und finanziell unterstützt wird.



Hilfe für Bürger / Ehrenamt / Zusammenleben

- Menschen mit Behinderungen müssen verstärkt bei politischen Entscheidungen beachtet werden.
- Wir fordern wirksame Maßnahmen für einen barrierefreien Main-Kinzig-Kreis.
- Wir unterstützen insbesondere die Organisationen, die Menschen auf ihrem letzten Lebensweg zur Seite stehen und begleiten. Dem neugegründeten Förderkreis Hospiz Kinzigtal gilt es notwendige finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.
- Die Freien Wähler schätzen das Ehrenamt und die Tätigkeit freier Träger als unabdingbar für das Funktionieren einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft. Die Tätigkeit von Vereinen und örtlichen kulturellen Gruppen ist zu unterstützen und vom Main-Kinzig-Kreis anzuerkennen sowie verstärkt zu fördern.
- Wir freuen uns auf die gemeinsame Arbeit mit dem neugegründeten Ausländerbeirat.



Gesundheit / Vorsorge / Lebensmittelkontrolle

- Ein leistungsfähiges, solidarisches Gesundheitswesen für den ländlichen Raum ist durch eine bürgernahe Ärzteversorgung zu sichern.
- Die Selbständigkeit unserer Krankenhäuser muss erhalten bleiben und vor dem Zugriff großer Konzerne geschützt werden. Eine 40 Mio. EUR Investition in den Ausbau der Main-Kinzig-Kliniken an den Standorten Gelnhausen und Schlüchtern ist dafür notwendig.
- Wir werden uns für ein hohes Niveau der Lebensmittelkontrolle und des Veterinärwesens im Main-Kinzig-Kreis einsetzen.



Sicherheit / Katastrophen- und Brandschutz

- Auf unsere Feuerwehren im Kreis ist Verlass. Die freiwilligen Feuerwehren im Main-Kinzig-Kreis sind Garant für einen flächendeckenden Brandschutz in unseren Städten und Gemeinden sowie für einen starken Katastrophenschutz.
- Der hohe Ausbildungs- und Ausrüstungsstand der Freiwilligen Feuerwehren im Main-Kinzig-Kreis sowie die gute Zusammenarbeit mit anderen Hilfsorganisationen sind auch in den kommenden Jahren durch das Gefahrenabwehrzentrum sicherzustellen.
- Entsprechende Konzepte sind weiterzuentwickeln. Um die Aufgaben des Brandschutzes zu gewährleisten und die Einsatzfähigkeit zu optimieren unterstützen wir die freiwillige Fusion einzelner Feuerwehren.
- Wir fördern die interkommunale Zusammenarbeit der Freiwilligen Feuerwehren im Bereich der Beschaffung von Geräten und Material und sehen den Main-Kinzig-Kreis diesbezüglich als verantwortliche Koordinierungsstelle.
- Wir unterstützen und fördern die Jugendarbeit der Feuerwehren. Durch ihr Wirken gewinnen wir mehr Aktive für das Ehrenamt "Feuerwehr".



Vereine und Kultur

- Feste, Brauchtum, Musik und Kunst festigen unseren Bürgerinnen und Bürgern in ihrer Identifikation mit unserer Region. Sie sind für uns feste Bestandteile des gesellschaftlichen Lebens in unseren Städten und Gemeinden.
- Die Schulturnhallen bleiben für Vereine kostenfrei.



Bildung

- Wir sind der Meinung, dass gute und erfolgreiche Schul- und Berufsausbildung nicht von den persönlichen und finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses abhängen dürfen. Im Haushalt des Main-Kinzig-Kreises müssen die Ausgaben für die Sachmittel der Schulen einen neuen Stellenwert erhalten. Um dies zu gewährleisten, sind die Budgets der Schulen zu erhöhen.
- Die Schulstruktur der (allgemein- und berufsbildenden) Schulen und deren Bildungsvielfalt im Main-Kinzig-Kreis sollen sich an den zukünftigen Anforderungen orientieren.
- Die Sanierung der Schulgebäude und der Schultoiletten, der Ausbau naturwissenschaftlicher Abteilungen und die Förderung praxisorientierter Unterrichtsformen sind für uns vordringlich.



Wirtschaft / Verwaltung

- Wir setzen uns für eine weitergehende Verwaltungsmodernisierung ein. Ebenso für eine interkommunale Zusammenarbeit der Kommunen um Ausgaben zu reduzieren.
- Jede Gemeinde und jede Region des Main-Kinzig-Kreises hat regionale Besonderheiten und Vorzüge, welche stärker als bisher als Standortvorteile zu fördern sind.
- Die Zusammenarbeit mit den Innungen der Handwerks-, Handels-, Industrie-, und der Ärztekammer ist zu stärken.
- Die Vergabepolitik der Kommunen muss die heimische Wirtschaft und Handwerkerschaft bei Investitionen berücksichtigen.



Öffentlicher Personennahverkehr

- Wir wollen im öffentlichen Personennahverkehr durch Verhandlungen mit den Verkehrsbetrieben deutliche Verbesserungen für die Pendler in der Region erreichen.
- Der Ausbau der Nordmainischen S-Bahn bis Gelnhausen ist bis 2030 anzustreben.



Finanzen

- Wir stehen für den verantwortungsvollen und transparenten Umgang mit den Finanzen unseres Kreises.
- Wir sind für einen gerechten kommunalen Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen.



Behördenstruktur

- Wir sind für weniger Bürokratie und fordern die Abschaffung der Regierungspräsidien.
- Die Regionalversammlung und der Regionalverband Frankfurt Rhein-Main sind neu zu strukturieren (Auflösung von Doppelstrukturen).
- Wir fordern eine verbesserte Zusammenarbeit der Behörden, damit Abläufe beschleunigt werden.



Energiewende / Ökologie

- Wir befürworten umweltfreundliche Technologien und den Ausbau erneuerbarer Energien (Energemix).
- Wir fordern dazu ein starkes Mitentscheidungsrecht der Kommunen, damit Bürger vor Ort mitbestimmen.



Ländlicher Raum / Tourismus

- Die Vielfalt unserer Kulturlandschaft (Spessart und Vogelsberg) muss erhalten bleiben.
- Die Gründung einer Tourismusgesellschaft soll Synergien für die Förderung des Fremdenverkehrs stärken und Chancen für den Main-Kinzig-Kreis erhöhen.
- Wir befürworten den Ausbau und die überregionale Anbindung des Radwegenetzes.



Europa und der Main-Kinzig-Kreis

- Wir fordern die zwingende Einhaltung des [Subsidiaritätsgrundsatzes](#) auf allen Ebenen der Europäischen Union (EU).
- Wir plädieren für eine Umwandlung der traditionellen europäischen Strukturpolitik in eine gezielte eigenständige Regionalförderung. Wir wollen die Zusammenarbeit der Regionen fördern und eine starke Region im Zentrum der EU sein.



Inkrafttreten

Das Wahlprogramm tritt am Tage der Beschlussfassung in Kraft.
Beschlossen in der Vorstandssitzung am 15. November 2015
in Linsengericht-Großenhausen.

Damit Bürgerbeteiligung Wirklichkeit wird!